

Schwarz-gelb spart bei Bildung massiv ein

Das Sparpaket der neuen Landesregierung liegt auf dem Tisch. Für Schule und Kita bedeutet das:

- * jede sechste Lehrerstelle bis 2020 soll wegfallen – 3650 Stellen
- * viele Lehrer müssen ab August mehr Unterricht geben – 450 Stellen
- * das Land gibt kein Geld für die Schülerbeförderung mehr – minus sieben Mio. Euro
- * bei den dänischen Schulen wird gekürzt – knapp fünf Mio. Euro minus
- * das beitragsfreie Kita-Jahr wurde einem Jahr wieder abgeschafft, ein Teil geht an die Kommunen – minus 25 Mio. Euro

Wir fordern: Grunderwerbsteuer rauf!
Soli-Ost zum Bildungssoli machen, denn: Haushaltssanierung und Bildungsinvestitionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

Noch im Dezember 2009 versprachen die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin, die Bildungsausgaben mittelfristig auf zehn Prozent steigen zu lassen. Peter Harry Carstensen vorne weg, im Gegenzug stimmte er drastischen Steuersenkungen zu. Im Juni 2010 – wieder Schleswig-Holstein mit Hessen vorne weg – wurde dies Ziel erstmal wieder auf Halde gelegt: Dafür sei kein Geld da! Statt Entlastungen, wie versprochen, drohen nun weitere Einsparungen – falsche Richtung!



Anke Erdmann

Bildungspolitische Sprecherin

Bündnis 90/Die Grünen
Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
T: 0431-988-1514
anke.erdmann@gruene.ltsh.de

Unsere Ideen für bessere Schulen:
www.plietsch.sh



Rolle rückwärts in der Schulpolitik?

Minister Klug liebt den Retrolook

In der Schulpolitik kündigt sich mit Bildungsminister Klug eine drastische Wende an: Einsparungen im Bildungsbereich und eine Reform des Schulgesetzes. Man mag nicht von einem „neuen“ Schulgesetz sprechen, denn neu und nach vorne gerichtet ist daran gar nichts.

An zwei Stellen wird es besonders spannend: Zum einen demonstriert Minister Klug durch seine zermürbende Salami-Taktik gegenüber den Gemeinschaftsschulen, dass er ihnen die Umsetzung des neuen pädagogischen Konzepts des gemeinsamen Lernens nicht leicht machen wird. Zum anderen stoßen seine Reformpläne zum Thema Turbo-Abi auf Skepsis.

Der Schulkompromiss der alten Koalition

Erinnern wir uns: 2007 hat die große Koalition ein Schulgesetz auf den Weg gebracht: Das Gymnasium blieb unangetastet, Haupt- und Realschulen wurden abgeschafft. Stattdessen wurden zwei neue Schulformen eingeführt: die Regional- und die Gemeinschaftsschule.

Was unterscheidet diese beiden Schulformen? Die Regionalschule dient keinem neuen pädagogischen Ansatz, sondern ist lediglich eine Antwort auf den Schülerrückgang im ländlichen Raum. Die Gemeinschaftsschulen sollen – im Idealfall – Kinder und Jugendliche auf alle drei Schulabschlüsse vorberei-

ten. Längeres gemeinsames Lernen berücksichtigt das individuelle Lerntempo der Kinder. Viele Schulen sammeln gerade Erfahrungen mit neuen Wegen, einige sind erst mit Beginn dieses Schuljahres als neue Schulform gestartet.



Grundzüge des „neuen“ Schulgesetzes

Inzwischen sind die Grundzüge des „neuen“ Schulgesetzes bekannt geworden. Der Name Gemeinschaftsschule stellt sich künftig inhaltsentleert dar. Denn die Schutzklausel für gemeinsames Lernen im Schulgesetz soll fallen.

Bislang sollen Schülerinnen und Schüler nicht im Gleichschritt, aber in einer Lerngruppe unterrichtet werden – bis Klasse zehn, auch mühsame Wege des Schulwechsels für „Spätzügler“ entfallen. Mit der geplanten beliebigen schulinternen Entscheidung über eine Umsetzung von gemeinsamem

Lernen fällt der wichtigste und profilierteste Charakterzug einer Gemeinschaftsschule.

Die SchulleiterInnen schlagen die Hände über dem Kopf zusammen. „Gerade haben wir ein pädagogisches Konzept mit viel Arbeit auf die Beine gestellt, da geht die Debatte in den Kollegien wieder von vorne los“, ist von mehreren SchulleiterInnen neuer Gemeinschaftsschulen zu hören. Das ist mehr als fahrlässig von der Regierung.

FDP in Sachen Abi allein zu Haus

Auch in Sachen Abitur bastelt Klug nun an einem bundesweit einzigartigen Modell: Die LeiterInnen der Gymnasien sollen es sich selber aussuchen können, ob sie G8 oder G9 oder aber sowohl G8- als auch G9-Klassen an ein- und derselben Schule einführen. Begeistert ist eigentlich niemand!

Qualitätsoffensive jetzt!

Der Minister verdröckelt sich bei Detailfragen. Wichtig ist doch, wie SchülerInnen ohne erheblichen Lernstress und mit angemessener Wahlfreiheit zum Abitur kommen, wie wir verhindern, dass zehn Prozent unserer Jugendlichen die Schulen ohne Abschluss verlassen, wie die neuen Schulararten ins Laufen kommen und vor allem: welche Unterstützung die Kollegien brauchen, damit sie neue Methoden und gemeinsames Lernen zum Erfolg führen können.

Doch statt Zeit für die Umsetzung der letzten Reform gibt es nun Hin und Her – und Mehrarbeit für viele Lehrkräfte mit diesem Schuljahr. Gute Bildungspolitik sieht anders aus!